



Peter Meiwald
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Zeit für Luftschlösser ist abgelaufen

Berlin, 04.10.2014

Peter Meiwald, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040
Fax: +49 30 227-76038
Email: peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro
Postanschrift:
Friedensplatz 4
26122 Oldenburg
Telefon: +49 441 36169403
Email: wahlkreis@peter-meiwald.de

Zu dem von den Unternehmerverbänden der fünf norddeutschen Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen sowie den Bauindustrieverbänden in diesen Ländern vorgelegten Verkehrswegekonzept für Norddeutschland erklärt der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Peter Meiwald:

„Die Zeit der Träume ist vorbei, doch diese Erkenntnis scheint bei den Baufetischisten Norddeutschlands noch nicht angekommen zu sein. Alle Welt weiß heute, dass die Steuergelder, die wir in den nächsten 10 Jahren für unsere wertvolle Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung haben, zu ihrem überwiegendsten Teil in den Erhalt unserer Schienen, Straßen und Wasserstraßen fließen müssen, damit deren Funktionsfähigkeit erhalten bleiben kann.

Doch die Beton-Lobbyisten spielen weiter Wunsch-Dir-was-Monopoly und fordern zusammengefasst wieder einmal fast alles, was an verkehrlichen Großprojekten seit Jahrzehnten durchs Dorf getrieben wird. Die verkehrlich überflüssigen Autobahn-Neubauten A20, A14, A281 und A39 alleine würden angesichts der zur Verfügung stehenden Gelder bereits für ein Jahrhundertprogramm reichen. Für die für einen zukunftsfähigen Gütertransport dringend nötigen Bestandsausweitungen bei Bahn und Binnenschiff bleibt da schon lange kein Geld mehr übrig. Die Bedarfe und Konzepte hierfür liegen längst auf dem Tisch, doch Prioritätensetzung scheint für die Lobbyisten ein Fremdwort zu sein.

Und dann wird auch noch die selbst vom Bundesverwaltungsgericht massiv in Frage gestellte Elbvertiefung weiter gefordert. Wer in norddeutschen Gesamtzusammenhängen denkt, sollte sich endlich darauf besinnen, dass wir mit sehr viel Steuergeld in Wilhelmshaven einen nationalen Tiefwasserhafen angelegt haben. Weitere, ökologisch und ökonomisch höchst bedenkliche Flussvertiefungen sind deshalb nicht mehr nötig und volkswirtschaftlich betrachtet unsinnig!

Abenteuerlich sind auch die Finanzierungsvorschläge. Selbst der Bundesrechnungshof hält sogenannte Öffentlich-rechtliche Partnerschaften als Finanzierungsmodell für ungeeignet, weil es in der Regel am Ende deutlich



teurer für den Steuerzahler wird. Außerdem droht mit diesen intransparenten Finanz-Konstruktionen ein heimliches Aushöhlen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse durch neue Schattenhaushalte.

Immerhin, die Bürgerinnen und Bürger an den geplanten Trassen der A33-Nord bei Osnabrück und der E233 vom Emsland nach Cloppenburg könnten nach Studium des Papiere etwas aufatmen. Von diesen beiden überflüssigen Autobahnprojekten scheinen sich jetzt selbst die großen Straßenbaulobbyisten Norddeutschlands verabschiedet zu haben.“